



## Erläuterungen zum Kontrollformular für alte Stoffe

- Diese Erläuterungen sollen Herstellern von alten Stoffen helfen, das Kontrollformular KF1 auszufüllen. Die Hintergründe verschiedener Fragen des Kontrollformulars werden erklärt.
- Der Herstellerin gleichgestellt ist die schweizerische Importfirma oder die berufliche oder gewerbliche Abgeberin von in der Schweiz bezogenen Zubereitungen unter einem eigenen Namen, Handelsnamen, in einer anderen Verpackung oder für einen anderen Verwendungszweck.
- Für Stoffe, welche nach dem globalen Kennzeichnungssystem GHS in Verkehr gebracht werden, sowie für Zubereitungen, Pflanzenschutzmittel, Dünger und Biozidprodukte sind andere Kontrollformulare zu verwenden.
- Da das schweizerische Chemikalienrecht weitgehend mit dem europäischen Chemikalienrecht harmonisiert ist, entsprechen rechtmässig in einem EWR-Mitgliedstaat in Verkehr gebrachte Stoffe weitgehend auch den schweizerischen Vorschriften. Aus diesem Grund können bei solchen Produkten auch nur noch die hellorange hinterlegten Fragen, welche die Abweichungen des schweizerischen Rechts zum Thema haben, beantwortet werden.

**Erfahrungen aus der Marktüberwachung zeigen allerdings, dass viele Produkte aus dem europäischen Raum nicht vollständig den europäischen Vorschriften entsprechen und demzufolge nicht rechtmässig in einem EWR-Mitgliedstaat in Verkehr sind. Die Verantwortung für das rechtmässige Inverkehrbringen in der Schweiz trägt in jedem Fall die schweizerische Importeurin.**

### 1. Datenbeschaffung

#### Allgemeine Hinweise

Die Datenbeschaffung ist die Grundlage für die Selbstkontrolle. Sie ist Voraussetzung dafür, dass die Herstellerin eines Stoffes beurteilen kann, ob dieser das Leben oder die Gesundheit des Menschen oder die Umwelt gefährden kann. Die Datenbeschaffung ist keine einmalige Tätigkeit, denn Herstellerinnen sind verpflichtet, die zur Verfügung stehenden Unterlagen laufend durch neue gesundheits- und umweltrelevante Angaben zu ergänzen (Berücksichtigung neuer Erkenntnisse gemäss Art. 58 Abs. 1 Chemikalienverordnung, ChemV, SR 813.11). Die beschafften Daten sind während mindestens 10 Jahren nach dem letztmaligen Inverkehrbringen des Stoffes aufzubewahren (Art. 58 Abs. 2 ChemV).

#### Zur Frage 1.1

Für Stoffe, die im Anhang VI der CLP-Verordnung aufgelistet sind (so genannte offiziell eingestufte Stoffe), ist die dort festgelegte Einstufung des Stoffes zu übernehmen. Die offiziellen Einstufungen werden regelmässig an die neusten Erkenntnisse angepasst. Im Rahmen der Selbstkontrolle ist zu überprüfen, ob diese Einstufungen jeweils der letzten Anpassung der CLP-Verordnung entsprechen.

In gewissen Fällen sind nur Teile der Einstufung im Anhang VI der CLP-Verordnung festgelegt. Die restlichen gefährlichen Eigenschaften müssen dann aufgrund der nach Art. 7 Abs. 3 ChemV beschafften Daten ermittelt werden (siehe Frage 1.2).

- CLP-Verordnung:  
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:353:0001:1355:DE:PDF>
- Liste frei zugänglicher Stoffdatenbank der Anmeldestelle Chemikalien  
<http://www.parchem.bag.admin.ch/webinfo/global/>
- Stofflisten der EU (u.a. Gültiger Anhang VI der CLP-Verordnung):  
<http://ecb.jrc.it/esis/>
- Link-Sammlung mit Internet-Seiten zum Inverkehrbringen von gefährlichen Stoffen und Zubereitungen:  
<http://www.simmchem.de>

#### Zur Frage 1.2

Die Einstufung eines Stoffes, der nicht im Anhang VI der CLP-Verordnung aufgelistet ist, muss aufgrund der nach Art. 7 Abs. 3 ChemV beschafften Daten erfolgen. Dies bedeutet, dass die Einstufung von anderen Herstellerinnen übernommen werden kann, und dass auf wissenschaftliche Prüfungen verzichtet werden kann. In diesem Fall ist es aber nach Art. 58 ChemV auch notwendig, regelmässig zu überprüfen, ob die von anderen Herstellerinnen übernommene Einstufung inzwischen geändert wurde.

## 2. Verbote und Einschränkungen der ChemRRV

### Allgemeine Hinweise

Bestimmte Stoffe, Zubereitungen und Gegenständen sind von Verboten, Verwendungseinschränkungen und weiteren spezifischen Bestimmungen in den Anhängen der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (ChemRRV, SR 814.81) betroffen. Die ChemRRV legt zudem stoffspezifische Kennzeichnungsvorschriften fest, welche neben den Kennzeichnungsvorschriften der Chemikalienverordnung zusätzlich berücksichtigt werden müssen.

Die Mehrheit der Bestimmungen der ChemRRV hat auch im EU-Raum Gültigkeit. Sie wurden unter anderem aus dem Anhang XVII der REACH-Verordnung EG 1907/2006 übernommen. Die ChemRRV enthält aber auch spezifische Bestimmungen, die nur in der Schweiz Anwendung finden, wie das Phosphatverbot in Waschmitteln.

Das Einhalten der Bestimmungen der ChemRRV ist ein fester Bestandteil der Selbstkontrolle.

### Zur Frage 2.1

Folgende Stoffe oder Stoffgruppen sind in der Schweiz gemäss der ChemRRV abweichend oder zum Teil abweichend von den entsprechenden EU-Vorschriften geregelt. Herstellerinnen, die ihre chemischen Produkte aus dem EU-Raum importieren, müssen demzufolge überprüfen, ob die nach der ChemRRV massgeblichen Bestimmungen erfüllt sind. Dies betrifft:

- Bestimmungen über halogenierte organische Verbindungen (Anhang 1.1 ChemRRV).
- Bestimmungen über ozonschichtabbauende Stoffe (Anhang 1.4 ChemRRV).
- Bestimmungen über in der Luft stabile Stoffe (Anhang 1.5 ChemRRV).

### Zur Frage 2.2

Die Verbote, Einschränkungen und Kennzeichnungsbestimmungen der ChemRRV betreffen eine Vielfalt von Stoffen. Um die Identifizierung der von diesen Bestimmungen betroffenen Produkte zu erleichtern, hat das Bundesamt für Umwelt zwei Listen veröffentlicht, die eine alphabetische Übersicht der Verbote und Beschränkungen für das Inverkehrbringen bzw. die Verwendung wiedergeben.

- Verbotsliste und Liste der Verwendungsbeschränkungen:  
<http://www.bafu.admin.ch/chemikalien/01410/01412/index.html?lang=de>

## 3. Einstufung und Kennzeichnung des Stoffes

### Allgemeine Hinweise

Die Einstufung eines Stoffes erfolgt nach den Bestimmungen der Art. 8-9 der Chemikalienverordnung. Bei alten Stoffen ist es möglich, sich auf zugängliche Daten zu stützen, um die Einstufung durchzuführen. Dies heisst, dass Einstufungen von anderen Herstellern übernommen werden können, falls der Stoff nicht offiziell eingestuft ist. Für offiziell eingestufte Stoffe ist zwingend die im Anhang VI der CLP-Verordnung angegebene Einstufung zu übernehmen.

Die Einstufung ist im Kapitel 2 des Sicherheitsdatenblatts wiederzugeben.

Vor der Abgabe an Dritte muss die Herstellerin eines Stoffes diesen kennzeichnen.

Die Kennzeichnung informiert den Anwender des Stoffes über die gefährlichen Eigenschaften, die bei der Einstufung ermittelt wurden. Die Hauptelemente der Kennzeichnung sind die Gefahrensymbole und Gefahrenbezeichnungen, sowie die R- und S-Sätze (Risiko-Sätze oder Gefahrenhinweise und Sicherheitsratschläge). Die Anforderungen an die Kennzeichnung sind in den Art. 39-50 sowie im Anhang 1 der Chemikalienverordnung festgelegt.

Die Kennzeichnung ist im Kapitel 15 des Sicherheitsdatenblatts wiederzugeben.

- Liste der R- und S-Sätze:  
<http://www.chemsuisse.ch/downloads/a11chemsuisse20d.pdf>

### Zur Frage 3.1

Die Einstufung eines Stoffes erfolgt nach den Kriterien des Anhangs VI der Richtlinie 67/548/EWG (Einstufungsleitfaden). Es ist aber auch möglich, sich auf Daten von anderen Herstellern zu stützen und deren Einstufung zu übernehmen, falls diese den Kriterien des Einstufungsleitfadens entspricht.

- Richtlinie 67/548/EWG  
[http://www.baua.de/de/Themen-von-A-Z/Gefahrstoffe/Rechtstexte/EG-Richtlinien.html\\_nnn=true](http://www.baua.de/de/Themen-von-A-Z/Gefahrstoffe/Rechtstexte/EG-Richtlinien.html_nnn=true)

### Zur Frage 3.2

Im Kapitel 15 des Sicherheitsdatenblattes müssen die folgenden Kennzeichnungsmerkmale wiedergegeben werden:

- Gefahrensymbole und Gefahrenbezeichnungen
- R- und S-Sätze
- Erforderliche Kennzeichnung gemäss ChemRRV

Diese Angaben müssen mit den Angaben auf der Etikette übereinstimmen.

#### Zur Frage 3.3

Nach Anhang 1, Ziffer 6 der Chemikalienverordnung müssen die Gefahrensymbole je mindestens einen Zehntel der Etikettenfläche einnehmen und mindestens 1 cm<sup>2</sup> gross sein. Die Grösse der Etikette ist ebenfalls vorgeschrieben und muss den Vorgaben gemäss untenstehender Tabelle entsprechen. Dabei ist zu beachten, dass unter dem Begriff "Etikette" nicht die eigentliche Etikette, sondern das "Kennzeichnungsschild" gemeint ist, welches nur die gemäss Chemikalienrecht vorgeschriebenen Angaben, wie z.B. Produktname, Gefahrensymbol, Gefahrenbezeichnung, R- & S-Sätze, Name und Adresse des Herstellers enthält.

Die Vollzugsbehörden akzeptieren, dass die Grösse der Symbole an das Mindestmass der Etikette angepasst wird. Es resultieren folgende Symbolgrössen als Funktion des Fassungsvermögens der Verpackung:

Fassungsvermögen der Verpackung	Mindestgrösse der Etikette	Mindestgrösse jedes Gefahrensymbols
Bis 125 ml	Nach Möglichkeit	10x10 mm
Über 125 ml bis höchstens 3 l	52x74 mm	20x20 mm
Über 3 l bis höchstens 50 l	74x105 mm	28x28 mm
Über 50 l bis höchstens 500 l	105x148 mm	40x40 mm
Über 500 l	148x210 mm	56x56 mm

#### Zur Frage 3.4

Gefahrensymbole müssen auf einer Etikette immer mit den entsprechenden Gefahrenbezeichnungen gekoppelt werden. Die Gefahrenbezeichnungen müssen in zwei Amtssprache ausgeschrieben werden. Als Amtssprachen gelten Deutsch, Französisch und Italienisch.

#### Zur Frage 3.5

Wie alle Kennzeichnungselemente eines gefährlichen Stoffes, die nach Art. 39 ChemV auf der Etikette angegeben werden müssen, sind die R- und S-Sätze in zwei Amtssprachen anzugeben.

#### Zur Frage 3.6

In der Chemikalienverordnung wird nicht präzisiert, welche Grösse die auf der Etikette gebrauchte Schrift aufweisen muss. Es wird lediglich festgelegt, dass die Kennzeichnung deutlich sichtbar und gut lesbar sein muss (Art. 47 Abs. 1 ChemV).

In seiner Interpretationshilfe Nr. 21 hat der Verband der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) für die Kennzeichnung von Lebensmitteln folgende Auslegung festgelegt: „Die Lesbarkeit von obligatorischen Angaben muss mindestens so gut sein wie eine Schrift in Arial (oder Helvetica), Schriftgrösse 7 Punkt, schwarze Farbe auf weissem Grund, gute Auflösung und genügendem Zeilenabstand. Bei weniger geeigneten Schriften, geringeren Kontrasten oder schwächerer Auflösung sind die Schriften entsprechend grösser zu wählen.“

Die Vollzugsbehörden wenden diese Interpretation ebenfalls für die Beurteilung von Chemikalien an.

#### Zur Frage 3.7

Der Name, die Adresse und die Telefonnummer der Herstellerin sind für Stoffe, die als gefährlich eingestuft wurden, anzugeben. Für nicht gefährliche Stoffe sind diese Angaben nur optional.

Gefährliche Stoffe aus einem EWR-Mitgliedstaat, welche eine EWR-Adresse aufweisen, müssen nicht mit den Angaben des Schweizer Importeurs versehen sein, falls sie nur an gewerblichen Anwender abgegeben werden. Aus allen anderen Staaten importierte gefährliche Stoffe sowie Stoffe, die an die breite Öffentlichkeit abgegeben werden, müssen dagegen mit einer Schweizer Adresse versehen sein. Dabei besteht die Möglichkeit, die schweizerische Adresse mit einem zusätzlichen Aufkleber auf der Verpackung anzubringen.

#### Zur Frage 3.8

Die EG-Nr. von Stoffen ist auf der Etikette anzubringen. Diese sollte sich auch im Kapitel 3 des Sicherheitsdatenblatts befinden.

Zur Frage 3.9

Die Füllmenge ist anzubringen, falls der Stoff als gefährlich eingestuft wurde, und falls er an die breite Öffentlichkeit abgegeben wird (z.B. Detailhandel).

Zur Frage 3.10

Für bestimmte Gruppen von Stoffen werden in den Anhängen der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung weitere Kennzeichnungsvorschriften angegeben. Folgende Stoffgruppen sind betroffen:

Stoffgruppe	Vorschrift	Stoffgruppe	Vorschrift
In der Luft stabile Stoffe	Anh. 1.5	Asbest	Anh. 1.6
Krebserzeugende, erbgutverändernde und fortpflanzungsgefährdende Stoffe	Anh. 1.10	Gefährliche flüssige Stoffe	Anh. 1.11

Zur Frage 3.11

Nach Art. 45 ChemV dürfen gefährliche Stoffe nicht so gekennzeichnet werden, dass der Eindruck entsteht, sie seien ungefährlich. Angaben wie „nicht giftig“, „umweltfreundlich“, „ökologisch“ sind nicht zulässig.

Zur Frage 3.12

Für Kleinpackungen mit nicht mehr als 125 ml Inhalt sind nach Anhang 1 ChemV Kennzeichnungserleichterungen möglich. Die Anmeldestelle Chemikalien hat ein Merkblatt erarbeitet, in welchem die möglichen Erleichterungen näher erklärt werden

- Kennzeichnungserleichterungen für Chemikalien in der Schweiz:  
<http://www.bag.admin.ch/anmeldestelle/03686/index.html?lang=de>

## 4. Verpackung

Allgemeine Hinweise

Die Anforderungen an die Verpackung sind in den Artikeln 35-38 ChemV festgelegt. Grundsätzlich muss die Verpackung so beschaffen sein, dass bei der Lagerung, der Aufbewahrung und dem Transport keine Gefahr für Mensch und Umwelt ausgeht.

Zur Frage 4.1

Das Verpackungsmaterial ist so auszuwählen, dass die Verpackung vom Inhalt weder beschädigt werden kann noch mit dem Inhalt schädliche oder gefährliche Verbindungen eingehen kann.

Zur Frage 4.2

Eine Verpackung muss so beschaffen sein, dass vom Inhalt nichts ungewollt entweichen kann. Diese Bedingung gilt als erfüllt, falls die Verpackung nach Transportrecht zugelassen ist (d.h. sie ist mit einer Codierung nach Transportrecht versehen).

Zur Frage 4.3

Die Verpackung muss so beschaffen sein, dass vom Inhalt beim Herstellen, Lagern, Aufbewahren, Transportieren, Verwenden und Entsorgen keine Gefahr für Mensch und Umwelt ausgeht (z.B. robuste und wasserfeste Verpackung, falls der Stoff auf einer offenen Baustelle gebraucht wird).

Zur Frage 4.4

Verpackungen von gefährlichen Stoffen, die an die breite Öffentlichkeit abgegeben werden, müssen derart gestaltet sein, dass sie nicht mit anderen gewöhnlichen Konsumprodukten verwechselt werden können.

Zur Frage 4.5

Folgende Stoffe, die für jedermann erhältlich sind (Publikumsprodukte), müssen mit kindersicheren Verschlüssen versehen sein:

- Stoffe, die als giftig (T) oder ätzend (C) gekennzeichnet werden
- Stoffe, die als gesundheitsschädlich (Xn) mit dem R-Satz R65 (Aspirationsgefahr) gekennzeichnet sind. Ausgenommen sind Druckgaspackungen und Verpackungen mit versiegelter Sprühhvorrichtung

Als kindersichere Verschlüsse gelten:

- Verschlüsse nach ISO-Norm 8317 für wiederverschliessbaren Verpackungen
- Verschlüsse nach CEN-Norm EN 862 für nicht wiederverschliessbare Verpackungen
- Verpackung, die offensichtlich kindersicher sind, d.h. Verpackungen, die ohne Zuhilfenahme von Werkzeugen nicht geöffnet werden können.

Zur Frage 4.6

Folgende Stoffe, die für jedermann erhältlich sind (Publikumsprodukte), müssen mit einem tastbaren Gefahrenhinweis versehen werden:

- Stoffe, die als giftig (T), gesundheitsschädlich (Xn) oder ätzend (C) gekennzeichnet sind
- Stoffe, die als hochentzündlich (F+) oder leichtentzündlich (F) gekennzeichnet sind, mit Ausnahme von Druckgaspackungen.

Die technischen Spezifikationen für tastbare Gefahrenhinweise müssen der EN/ISO-Norm 11683 entsprechen.

## 5. Expositionsszenario

### Allgemeine Hinweise

Nach Artikel 3 Nr. 37 der REACH-Verordnung sind Expositionsszenarien wie folgt definiert: "Zusammenstellung von Bedingungen, mit denen dargestellt wird, wie der Stoff hergestellt oder während seines Lebenszyklus verwendet wird und wie der Hersteller oder Importeur die Exposition von Mensch und Umwelt beherrscht oder den nachgeschalteten Anwendern zu beherrschen empfiehlt. Diese Expositionsszenarien können ein spezifisches Verfahren oder gegebenenfalls verschiedene Verfahren oder Verwendungen abdecken".

Expositionsszenarien sind neue Kommunikationsmittel, die dazu dienen, die nachgeschalteten Anwender zu informieren, wie sie die Exposition zu einem Stoff optimieren können. Sie müssen alle möglichen Anwendungen des Stoffes (als solches, in Zubereitungen oder in Gegenständen) berücksichtigen und müssen dem Sicherheitsdatenblatt beigefügt werden. Werden dem Sicherheitsdatenblatt die Expositionsszenarien beigefügt, so sind die relevanten DNEL- (Derived No-Effect Level) und PNEC-Werte (Predicted No-Effect Concentration) für diese Expositionsszenarien im Kapitel 8 des Sicherheitsdatenblatts anzugeben.

Expositionsszenarien sind zurzeit in der Schweiz für alte gefährliche Stoffe und für PBT- und vPvB-Stoffe, die als solche in einer Gesamtmenge von 10 Tonnen oder mehr pro Jahr an Dritte abgegeben werden, notwendig (Art. 50a ChemV).

Unter PBT- und vPvB-Stoffen versteht man Stoffe, die **p**ersistent (nicht oder schwer abbaubar), **b**ioakkumulierbar und (umwelt)**t**oxisch bzw. sehr **p**ersistent und sehr **b**ioakkumulierbar sind. Nach REACH soll die Anwendung solcher Stoffe minimiert werden, weshalb sie zulassungspflichtig sind. Damit eine Herstellerin überprüfen kann, ob ein Stoff als PBT oder vPvB zu betrachten ist, soll die Liste der „Kandidaten“ für die Aufnahme in der Liste der zulassungspflichtigen Stoffe eingesehen werden.

- Liste der „Kandidaten“ für die Aufnahme in der Liste der zulassungspflichtigen Stoffe:  
[http://echa.europa.eu/chem\\_data/candidate\\_list\\_table\\_en.asp](http://echa.europa.eu/chem_data/candidate_list_table_en.asp)

### Zur Frage 5.1

Falls für ein Stoff die Pflicht zur Erstellung von Expositionsszenarien besteht, ist für jede in der Schweiz identifizierte Verwendung des Stoffes ein Expositionsszenario zu erstellen (Artikel 50a ChemV).

### Zur Frage 5.2

Expositionsszenarien müssen den Bestimmungen des Anhangs I Ziffer 5 der REACH-Verordnung entsprechen.

- Verordnung (EG) 1907/2006 (REACH-Verordnung):  
<http://www.reach-helpdesk.de/de/Downloads/VO-Gesetze/REACH-Verordnung-1907-2006.pdf>

## 6. Sicherheitsdatenblatt

### Allgemeine Hinweise

Das Sicherheitsdatenblatt ist ein wichtiges Instrument für den sicheren Umgang mit gefährlichen Stoffen. Es erlaubt dem beruflichen Anwender, die notwendigen Massnahmen zu treffen, um Mensch und Umwelt vor möglichen Gefahren zu schützen. Es enthält zudem alle erforderlichen Angaben, damit die gewerbliche Abgeberin ihre Informationspflicht korrekt erfüllen kann.

Die berufliche oder gewerbliche Abnehmerin muss das Sicherheitsdatenblatt aufbewahren, solange in ihrem Betrieb mit dem betreffenden Stoff umgegangen wird.

Die rechtlichen Anforderungen an das Sicherheitsdatenblatt sind in Anhang 2 der Chemikalienverordnung festgelegt.

Die Anmeldestelle Chemikalien hat eine Wegleitung erarbeitet, in welcher die Pflichten eines Herstellers bezüglich Sicherheitsdatenblatt zusammengefasst werden.

- Wegleitung „Das Sicherheitsdatenblatt in der Schweiz“:  
<http://www.bag.admin.ch/sds>

### Zur Frage 6.1

Sicherheitsdatenblätter müssen für folgende Stoffe erstellt werden:

- als gefährlich eingestufte Stoffe
- PBT- und vPvB-Stoffe
- nach REACH zulassungspflichtige Stoffe (Stoffe im Anhang 4 ChemV)

Eine Liste der PBT- und vPvB-Stoffe sowie der Stoffe, für welche eine Aufnahme in der Liste der zulassungspflichtigen Stoffe vorgesehen ist, kann auf der Webseite der europäischen Chemikalienagentur (ECHA) eingesehen werden (Siehe allgemeine Hinweise Punkt 5).

- Liste der „Kandidaten“ für die Aufnahme in der Liste der zulassungspflichtigen Stoffe:

[http://echa.europa.eu/chem\\_data/candidate\\_list\\_table\\_en.asp](http://echa.europa.eu/chem_data/candidate_list_table_en.asp)

Falls ein Stoff nur zum Eigenbedarf importiert wird, und somit keine Abgabe an Dritte erfolgt, muss kein Sicherheitsdatenblatt erstellt werden.

### Zur Frage 6.2

Herstellerinnen von Chemikalien sind verpflichtet, die zur Verfügung stehenden Unterlagen laufend durch neue gesundheits- und umweltrelevanten Angaben zu ergänzen (Art. 57 Abs. 1 ChemV). Dies bedeutet, dass neue Erkenntnisse, wie zum Beispiel die Neueinstufungen eines Stoffes, eine Aktualisierung des Sicherheitsdatenblatts notwendig machen.

### Zur Frage 6.3

Die Anforderungen an das Sicherheitsdatenblatt werden im Anhang 2 der Chemikalienverordnung aufgeführt. Diese entsprechen mit wenigen Ausnahmen den Anforderungen der EU, welche im Anhang II der REACH-Verordnung EG 1907/2006 aufgeführt sind. Sicherheitsdatenblätter aus dem EWR-Raum können demzufolge auch in der Schweiz verwendet werden, wenn die Kapitel 1 (Stoff-/Zubereitungs- und Firmenbezeichnung), 8 (Expositionsbegrenzung und persönliche Schutzausrüstung), 13 (Hinweise zur Entsorgung) und 15 (Vorschriften) an die schweizerischen Rechtsvorschriften angepasst wurden (sog. „Helvetisierung“).

Es besteht die Möglichkeit, ein Deckblatt mit den nationalen Ergänzungen zu erstellen und dieses dem EU Sicherheitsdatenblatt beizulegen. Dabei muss aber das Deckblatt und das Sicherheitsdatenblatt eine Einheit darstellen.

Ein Sicherheitsdatenblatt, welches nicht den Anforderungen der EU entspricht, muss in jedem Fall vollständig überprüft und allenfalls neu erstellt werden.

### Zur Frage 6.4

Die Abgabe des Sicherheitsdatenblatts muss in der von der Empfängerin gewünschten Amtssprache erfolgen. Es darf nur in gegenseitigem Einvernehmen in einer anderen Sprache abgegeben werden (Art. 54 Abs. 4 ChemV). Demzufolge muss der Hersteller dafür sorgen, dass das Sicherheitsdatenblatt in der Amtssprache des Verkaufsgebiets vorliegt.

Das Sicherheitsdatenblatt kann im gegenseitigen Einvernehmen auch elektronisch übermittelt werden.

### Zur Frage 6.5

Im Kapitel 1 des Sicherheitsdatenblatts sind Name, Adresse, Telefonnummer der Schweizer Herstellerin, die Notrufnummer (anzugeben ist die Notrufnummer der Herstellerin) sowie die E-Mail-Adresse der für das Sicherheitsdatenblatt zuständigen Person anzugeben. Da Importeure und Wiederverkäufer nach Art. 2 ChemV der Herstellerin gleichgestellt sind, müssen diese die entsprechenden Angaben im Kapitel 1 anpassen.

Für medizinische Auskünfte kann auch die Notrufnummer der Auskunftsstelle für Vergiftungen beim Schweizerischen Toxikologischen Informationszentrum (145) angegeben werden. Diese Nummer ist zwingend anzugeben, falls die Herstellerin keine eigene Notrufnummer betreibt.

### Zur Frage 6.6

Die EU-Grenzwerte für die Exposition am Arbeitsplatz und die maximalen Arbeitsplatzkonzentrationswerte gesundheitsgefährdender Stoffe (MAK-Werte) der Schweiz können unterschiedlich sein. Daher ist für Stoffe, die aus dem EWR-Raum importiert wurden, zu überprüfen, ob die EU-Grenzwerte den in der Schweiz gültigen MAK-Werten entsprechen. Diese werden von der SUVA publiziert und regelmässig aktualisiert. Eine entsprechende Broschüre kann bei der SUVA bestellt werden oder im Internet heruntergeladen werden.

- Broschüre „Grenzwerte am Arbeitsplatz“:

[http://www.suva.ch/home/suvapro/arbeitsmedizin/grenzwerte\\_am\\_arbeitsplatz.htm](http://www.suva.ch/home/suvapro/arbeitsmedizin/grenzwerte_am_arbeitsplatz.htm)

### Zur Frage 6.7

Ist eine persönliche Schutzausrüstung erforderlich, so ist genau anzugeben, welche Ausrüstung einen angemessenen Schutz gewährleistet.

### Zur Frage 6.8



Für Stoffe, die aus dem EWR-Raum importiert wurden, sind die Angaben im Kapitel 13 des Sicherheitsdatenblatts mit Hinweisen zur Entsorgung nach der Technischen Verordnung über Abfälle (TVA), der Verordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA) und der Verordnung des UVEK über Listen zum Verkehr mit Abfällen (LVA) zu ergänzen.

- Verordnungen zum Abfallrecht:

<http://www.admin.ch/ch/d/sr/81.html#814.6>

#### Zur Frage 6.9

Für Stoffe, die aus dem EWR-Raum importiert wurden, sind die Angaben im Kapitel 15 des Sicherheitsdatenblatts mit Ergänzungen von allfälligen schweizerischen Vorschriften, z.B. Luftreinhalteverordnung, Störfallverordnung, Jugendarbeitsschutzverordnung, Mutterschutzverordnung, Verwendungsbeschränkungen oder –verbote nach ChemRRV und Beschränkungen bei der Abgabe, wie zum Beispiel ein Selbstbedienungsverbot, zu versehen.

## 7. Meldepflicht

### Allgemeine Hinweise

Stoffe, die in der Schweiz in Verkehr gebracht werden, müssen ab bestimmten Mengenschwellen ins Produktregister der Anmeldestelle Chemikalien gemeldet werden.

Die gemeldeten Angaben ermöglichen den zuständigen Behörden, präventive Massnahmen zu treffen, wenn das Risiko durch einen gefährlichen Stoff für Mensch und Umwelt nicht akzeptabel ist. Im Weiteren ermöglichen diese Angaben ein rasches Eingreifen bei Unfällen oder Vergiftungen und dienen dem Schweizerischen Toxikologischen Informationszentrum (STIZ) als Datenbasis für Auskünfte.

Die Meldung ist kostenlos und erfolgt über ein [Internet-Portal](#) der Anmeldestelle für Chemikalien. Dazu muss zuerst der Zugang zum Internetformular für Meldungen ins Produktregister angefordert werden (E-Mail an [cheminfo@bag.admin.ch](mailto:cheminfo@bag.admin.ch) mit dem Betreff "Zugang Cheminfo", Firmenname, Adresse, Telefon- und Faxnummer, Ansprechperson). Der Username und das Passwort werden dann per eingeschriebene Post zugestellt.

- Merkblatt chemsuisse zum Inverkehrbringen von Stoffen (mit Hinweisen zur Meldepflicht):

<http://www.chemsuisse.ch/downloads/b01chemsuisse20d.pdf>

- Produktregister:

<https://www.parchem.bag.admin.ch/weba/global/logon.aspx>

#### Zur Frage 7.1

Für die Meldepflicht von Stoffen gelten die folgenden Regelungen:

Einstufung der Zubereitung	Jährliche Menge	Zeitpunkt der Meldung
Stoffe, die als sehr giftig (T+), giftig (T) oder gesundheitsschädlich (Xn) mit CMR-Eigenschaften (R40, R68, R62 sowie R63) eingestuft sind	> 10 kg	Spätestens 3 Monate nach dem Inverkehrbringen
PBT- und vPvB-Stoffe, sowie nach REACH zulassungspflichtige Stoffe (Anhang 4 ChemV)	> 10 kg	Spätestens 3 Monate nach dem Inverkehrbringen
Weitere als gefährlich eingestufte Stoffe	> 100 kg	Spätestens 3 Monate nach dem Inverkehrbringen

Folgende Stoffe müssen nicht ins Produktregister gemeldet werden:

- Stoffe, die ausschliesslich als leichtentzündlich oder entzündlich eingestuft sind
- Zwischenprodukte (Ein Zwischenprodukt ist ein Stoff, der ausschliesslich für die chemische Weiterverarbeitung hergestellt und verbraucht wird und hierbei in einen oder mehrere andere Stoffe umgewandelt wird.)
- Stoffe, die ausschliesslich für die Forschung und Entwicklung in Verkehr gebracht werden
- Stoffe, die ausschliesslich für Lebensmittel, Heilmittel oder Futtermittel verwendet werden
- Stoffe, die in der Schweiz bezogen werden

Die Meldung umfasst folgende Angaben (Art. 64 ChemV):

- Name und Adresse der Schweizer Herstellerin
- Name der Herstellerin im EWR, wenn die Identität der Schweizer Herstellerin in der Kennzeichnung nicht erwähnt ist
- CAS-Nummer

- die EG-Nummer
- die Einstufung und Kennzeichnung
- der Vermerk PBT oder vPvB, falls zutreffend
- bei umweltgefährlichen Stoffen, die voraussichtlich jährlich in Verkehr gebrachte Menge

Importeure aus dem EWR müssen zusätzlich der Anmeldestelle den entsprechenden Stoffsicherheitsbericht liefern, falls dieser mit zumutbarem Aufwand bei der Herstellerin im EWR beschafft werden kann. Der Stoffsicherheitsbericht kann direkt als Dokument im Produktregister angehängt werden oder per Email oder Post an die Anmeldestelle Chemikalien geschickt werden.

Für Stoffe mit CMR-Eigenschaften muss zusätzlich die Zusammenfassung aller Daten gemeldet werden, die der Einstufung zugrunde liegen. Dies kann im Bemerkungsfeld des Melderegisters angegeben werden. Beispielsweise können folgenden Angaben gemacht werden:

- krebserzeugend gemäss Anhang I der Richtlinie 67/548/EWR
- fortpflanzungsgefährdend aufgrund in-vitro Tests
- erbgutverändernd gemäss Liste der „Kandidaten“ für die Aufnahme in der Liste der zulassungspflichtigen Stoffe

## 8. Abgabe des Stoffes

### Allgemeine Hinweise

Inverkehrbringer von Chemikalien sind einer Informationspflicht unterstellt, damit die Anwender von gefährlichen Stoffen allenfalls die notwendigen Schutzmassnahmen treffen können. So müssen nach der Chemikalienverordnung bei der Abgabe von Stoffen an berufliche oder gewerbliche Verwender auch die dazugehörigen Sicherheitsdatenblätter abgegeben werden. Für die Abgabe von bestimmten besonders gefährlichen Chemikalien besteht zusätzlich eine Informationspflicht seitens der Abgeberin bezüglich der Schutzmassnahmen bei der Verwendung und der vorschriftsgemässen Entsorgung. Die Abgabe von besonders gefährlichen Chemikalien an die breite Öffentlichkeit (z.B. Detailhandel) untersteht noch weitergehenden Bestimmungen.

### Zur Frage 8.1

Das Sicherheitsdatenblatt muss bei der ersten Abgabe eines gefährlichen Stoffes sowie eines PBT- oder vPvB-Stoffes an berufliche und gewerbliche Anwender unentgeltlich abgegeben werden.

Das Sicherheitsdatenblatt ist normalerweise in Papierform zu übermitteln. In gegenseitigem Einvernehmen kann es aber auch in elektronischer Form übermittelt werden.

Sicherheitsdatenblätter, die auf Grund wichtiger neuer Informationen (z.B. Neueinstufung eines Inhaltsstoffes, MAK-Wert-Änderung, usw.) überarbeitet worden sind, müssen der beruflichen oder gewerblichen Anwenderin kostenlos nachgeliefert werden. Die Nachlieferungspflicht gilt jedoch nur für Stoffe, die in den letzten 12 Monaten an die entsprechenden Bezüger abgegeben wurden.

### Zur Frage 8.2

Die Abgeberin eines Stoffes für die berufliche oder gewerbliche Verwendung, der

- als sehr giftig (T+) gekennzeichnet ist
- als Krebserzeugend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend der Kategorie 1 und 2 (T mit dem R-Satz R45, R46, R49, R 60 oder R61) gekennzeichnet ist
- als Explosionsgefährlich (E) gekennzeichnet ist
- PBT- und vPvB-Eigenschaften aufweist, oder
- nach REACH zulassungspflichtig ist (im Anhang 4 ChemV aufgelistet)

muss die Bezügerin oder den Bezüger ausdrücklich über die erforderlichen Schutzmassnahmen bei der Verwendung und die vorschriftsgemässe Entsorgung informieren. Die Abgabe des Sicherheitsdatenblatts ist nicht als ausdrückliche Information zu verstehen.

### Zur Frage 8.3

Kindersichere Verschlüsse und tastbare Warnhinweise sind nur für die betroffenen Stoffe (vgl. Fragen 4.5 und 4.6), die für jedermann erhältlich sind, notwendig. Sind die betroffenen Stoffe nicht mit solchen Verschlüssen und Hinweisen ausgestattet, so dürfen sie nicht an Privatpersonen abgegeben werden.

### Zur Frage 8.4

Die Abgabe von besonders gefährlichen Chemikalien an die breite Öffentlichkeit (z.B. im Detailhandel) ist nur unter bestimmten Einschränkungen erlaubt (Art. 78-81 ChemV). Stoffe gelten als besonders gefährlich, wenn sie wie folgt gekennzeichnet sind:



- als sehr giftig, Abgabe an Privatpersonen verboten,
- als giftig,
- als ätzend,
- als explosionsgefährlich,
- als leichtentzündlich mit den R-Sätzen R 15 oder R 17,
- mit einem der folgenden R-Sätze, die auf weitere physikalisch-chemische Gefahren hinweisen: R 1, R 4, R 5, R 6, R 16, R 19 oder R 44, oder
- als umweltgefährlich mit dem R-Satz R 50/53 in Packungen von mehr als 1 kg Inhalt.

PBT- und vPvB-Stoffe sowie zulassungspflichtige Stoffe nach REACH sind auch als besonders gefährlich zu betrachten (Siehe allgemeine Hinweise zu diesen Stoffen unter Punkt 5)

Die Abgabe an Privatpersonen von sehr giftigen Stoffen, sowie von giftigen Stoffen mit dem R-Satz R45, R46, R49, R60 oder R61 ist verboten.

Besonders gefährliche Stoffe dürfen nicht in der Selbstbedienung abgegeben werden. Die Abgabe ist nur an mündige Personen erlaubt. Die Abgeberin solcher Stoffe muss über die erforderliche Sachkenntnis verfügen und die Bezügerin oder den Bezüger über die Schutzmassnahmen bei der Verwendung und die vorschriftsgemässe Entsorgung informieren. Die Abgabe von bestimmten besonders gefährlichen Stoffen muss ausgezeichnet werden. Die Anmeldestelle Chemikalien hat zu diesem Zweck das Abgabebuch für Chemikalien herausgegeben. Die Abgeberin muss dazu die Identität der Bezüger überprüfen.

- Abgabebuch der Anmeldestelle Chemikalien:

<http://www.bag.admin.ch/anmeldestelle/06512/index.html?lang=de>

#### Zur Frage 8.5

Diese Information an Händler ist von der Chemikaliengesetzgebung nicht explizit vorgesehen. Gemäss Anhang 2 ChemV sind allerdings Angaben im Kapitel 15 des Sicherheitsdatenblatts über besondere Bestimmungen zum Gesundheits- und Umweltschutz zu machen. Deshalb sind die Vollzugsbehörden der Ansicht, dass allfällige Abgabebeschränkungen und -pflichten der gewerblichen Abnehmerin von gefährlichen Stoffen gemäss Kapitel 15 des Sicherheitsdatenblatts kommuniziert werden müssen. Andere Kommunikationsmittel sind möglich.